

## Kinderrechte im Parlament – Rückschau auf die Herbstsession 2016

Im **Nationalrat** wurden aus kinderrechtlicher Sicht die folgenden Vorstösse behandelt: Die parlamentarische Initiative Marra „[Die Schweiz muss ihre Kinder anerkennen](#)“ verfolgt das Ziel, dass Ausländer der dritten Generation in der Schweiz zukünftig auf Antrag der Eltern oder der betroffenen Personen selbst erleichtert eingebürgert werden. National- und Ständerat hatten hier Differenzen bei der Definition der „dritten Generation“. Schliesslich einigten sich die Räte im Verlauf der Session auf die strengere Version, wonach einbürgerungswillige Ausländerinnen und Ausländer beweisen müssen, dass mindestens ein Grosselternteil bereits ein Aufenthaltsrecht besass.

Die Motion von Nationalrätin Bulliard-Marbach „[Unabhängige Ombudsstelle für die Rechte des Kindes](#)“ wollte den Bundesrat damit beauftragen, eine Ombudsstelle für die Rechte des Kindes zu schaffen. Diese sollte unabhängig, für Kinder zugänglich und befugt sein, Beschwerden über die Verletzung von Kinderrechten entgegenzunehmen, diese zu prüfen und wirksam zu verfolgen. Die Motionärin hat die Motion schliesslich zurückgezogen, da der Bundesrat angab, die Forderungen in die Vorbereitungsarbeiten für die Nationale Menschenrechtsinstitution einzubeziehen. Schliesslich war in dieser Session auch die Familienpolitik ein Thema: Die Motion Trede „[Elternurlaub](#)“ hätte den Bundesrat beauftragt, einen Gesetzesentwurf für einen insgesamt 18-monatigen Elternurlaub zu schaffen. Der Nationalrat lehnte diese Forderung jedoch ab. Auch abgelehnt hat er die Motion Derder „[Erhöhung des Abzuges für die Fremdbetreuung von Kindern auf 24'000 CHF](#)“. In diesem Zusammenhang hat Bundesrat Maurer jedoch angekündigt, dass der Bundesrat die Steuerabzüge für die externe Kinderbetreuung erhöhen wolle und dass eine entsprechende Vorlage bald in die Vernehmlassung geschickt werde.

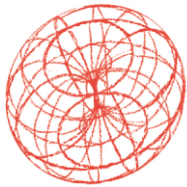
Im **Ständerat** ist aus Sicht der Kinderrechte besonders die Behandlung der bundesrätlichen Vorlage zur [Genehmigung des dritten Fakultativprotokolls zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes](#) (UN-Kinderrechtskonvention) zu erwähnen. Dieses sieht v.a. ein Mitteilungsverfahren vor, mit dessen Hilfe Einzelpersonen nach Ausschöpfung des innerstaatlichen Instanzenzuges Verletzungen der UN-Kinderrechtskonvention vor dem UN-Kinderrechtsausschuss geltend machen können. Der Ständerat folgte hier dem Bundesrat und stimmte der Vorlage mit 37 zu einer Stimme bei zwei Enthaltungen zu. Das Geschäft wird vom Nationalrat voraussichtlich in der Wintersession beraten (vgl. [Webbeitrag](#) dazu). Weiter ist der Ständerat im Gegensatz zum Nationalrat auf die [Vorlage zur Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches](#) (ZGB; Kindeschutz) eingetreten und stimmte der Vereinheitlichung und Ausdehnung der Meldepflicht auf Fachpersonen zu, die regelmässig mit Kindern arbeiten (vgl. dazu auch die [Empfehlung von Kinderschutz Schweiz](#)).

Hinzu kommen in beiden Räten verschiedene Geschäfte und weitere Vorstösse, die ebenfalls kinderrechtliche Aspekte aufweisen (vgl. ausführliche Rückschau unten).

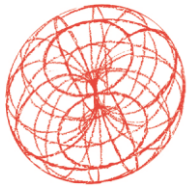
Die Debatten können in den Wortprotokollen des [Amtlichen Bulletins](#) nachgelesen werden.



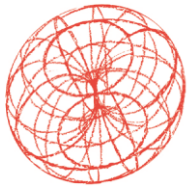
Datum	Nationalrat	Ständerat
12.09.2016	-	<p><b><u>16.025</u> (Geschäft des Bundesrats): Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2017-2020.</b></p> <p>Für die Umsetzung der verschiedenen Fördermassnahmen in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation beantragt der Bundesrat rund 26 Milliarden Franken für vier Jahre. Gleichzeitig legt er dem Parlament fünf Gesetzesrevisionen und ein neues Gesetz zur Genehmigung vor. Aus Sicht der Kinderrechte relevant sind dabei vor allem die Gesetze über die Berufsbildung, die Finanzierung der Berufs- und Weiterbildung sowie das Bundesgesetz über die Zusammenarbeit des Bundes mit den Kantonen im Bildungsraum Schweiz. Der Ständerat berät Entwürfe 1-16.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Im Gegensatz zum bundesrätlichen Entwurf stockt der Ständerat die Mittel insgesamt um 395 Millionen auf, insbesondere in den Bereichen Berufsbildung, ETH und bei den kantonalen Hoch- und Fachhochschulen. Damit geht das Geschäft mit Differenzen zurück an den Nationalrat.</li></ul>
13.09.2016	<p><b><u>08.432</u> (Parlamentarische Initiative Marra): Die Schweiz muss ihre Kinder anerkennen.</b></p> <p>Der Vorstoss will, dass die Ausländer der dritten Generation in der Schweiz künftig auf Antrag der Eltern oder der betroffenen Personen selbst eingebürgert werden. Der Nationalrat hat sich bereits für eine entsprechende Änderung der Bundesverfassung und des Bürgerrechtsgesetzes ausgesprochen, der Ständerat verlangte jedoch von der Kommission einen neuen Entwurf der Vorlage und hat diesem im Herbst zugestimmt. Der Nationalrat berät nun die Differenzen zum Ständerat betreffend die exakte Definition der „dritten Generation“. Der Ständerat möchte den Kreis jener, die dazu zählen, stärker eingrenzen.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Die Räte sind sich uneinig, nach welchen Bedingungen Ausländerinnen und Ausländer der dritten Generation erleichtert eingebürgert werden können. Der Nationalrat hält daran fest, dass diese glaubhaft machen müssen, dass ein Grosselternteil ein Aufenthaltsrecht besass. Dem Ständerat reicht bisher „glaubhaft machen“ nicht, er fordert einen Beweis.</li></ul>	-



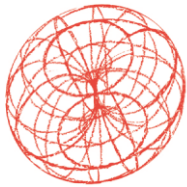
Datum	Nationalrat	Ständerat
13.09.2016	<p><b>15.4163 (Motion Fiedl): Umsetzung der Uno-Agenda 2030. Institutionelle Vorkehrungen.</b> Mit der Motion wird der Bundesrat beauftragt, durch geeignete institutionelle, prozedurale und politische Massnahmen sicherzustellen, dass die Departemente ihrem Auftrag nachkommen, die am Uno-Gipfeltreffen im September 2015 in New York verabschiedeten 17 Ziele und 169 Unterziele für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 (Sustainable Development Goals, kurz: SDGs) umzusetzen und periodisch Rechenschaft abzulegen. Die SDGs enthalten einige Ziele mit Bezug zur Kinderrechtskonvention (wenn auch ein kinderrechtsbasierter Ansatz fehlt). Der Bundesrat beantragt die Annahme der Vorlage, der Nationalrat behandelt die Vorlage als Erstrat.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Der Nationalrat stimmt der Motion knapp mit 95 zu 91 Stimmen zu. Der Bundesrat verspricht, bis Ende 2018 in einem Bericht über den Stand der Umsetzung zu berichten. Die Motion geht nun an den Ständerat.</li></ul>	
	<p><b>15.458 (Parlamentarische Initiative Quadranti): Eine umfassende, ganzheitliche Lösung als Ergänzung zum bestehenden Mutterschaftsurlaub.</b> Damit wird der Bundesrat beauftragt, eine gesetzliche Grundlage für einen zum Mutterschaftsurlaub zusätzlichen 14-wöchigen Elternurlaub zu schaffen. Es soll festgelegt werden, zu welchen Teilen dieser vom Vater bezogen werden kann/muss und unter welchen Bedingungen. Gesamthaft ergibt sich eine Elternzeit von maximal 28 Wochen. Die nationalrätliche Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK-NR) gibt der Vorlage keine Folge. Der Nationalrat berät die Vorlage als Erstrat.</p>	



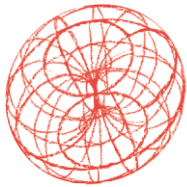
Datum	Nationalrat	Ständerat
13.09.2016	<p><b><u>15.466</u> (Parlamentarische Initiative Amherd): Schaffung eines Kompetenzzentrums für die Förderung der Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen.</b></p> <p>Die Vorlage will, dass der Bund ein Kompetenzzentrum für den Kinder- und Jugendmedienschutz schafft, in das die Kantone, die Wirtschaft und die einschlägigen privaten Institutionen eingebunden sind. Zu seinen Aufgaben gehören insbesondere: die Koordination und der Informationsaustausch im gesamten Bereich des Kinder- und Jugendmedienschutzes, die Durchführung von Präventions- und Informationsprogrammen, die Beratung von Programmleitenden, Eltern und Erziehungsberechtigten usw., die Vertretung der schweizerischen Anliegen in der internationalen Zusammenarbeit, sowie das Monitoring und die weitere Forschungstätigkeit auf dem Gebiet der Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen. Die vorberatende Bildungskommission des Nationalrats (WBK-NR) gibt der Vorlage keine Folge (13 zu 10 Stimmen bei einer Enthaltung). Der Nationalrat berät die Vorlage als Erstrat.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Der Vorstoss ist in dieser Session noch nicht behandelt worden.</li></ul>	
14.09.2016	<p><b><u>14.3754</u> (Motion Fraktion SVP): Kindes- und Erwachsenenschutz. Anpassung.</b></p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt, die Anpassung der gesetzlichen Grundlagen, insbesondere von Artikel 440 ZGB, einzuleiten, sodass die Mitsprache der Gemeinden im Bereich des Kindes- und Erwachsenenschutzes gewährleistet ist. Im Rahmen der Gemeindeautonomie soll die sogenannte Professionalisierung und Zentralisierung im Vormundenschaftswesen gebremst oder rückgängig gemacht werden können. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Vorlage, der Nationalrat behandelt den Vorstoss als Erstrat.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Der Nationalrat lehnt die Motion ab, die Vorlage ist somit erledigt.</li></ul>	<p><b><u>16.3494</u> (Motion Maury Pasquier): Prämien für die obligatorische Krankenversicherung. Höchstens 10 Prozent des Haushaltsbudgets!</b></p> <p>Der Bundesrat wird mit dieser Vorlage beauftragt, das Krankenversicherungsgesetz und allenfalls weitere Gesetzesgrundlagen dahingehend zu ändern, dass kein Haushalt mehr als 10 Prozent seines Bruttoeinkommens für Prämien der obligatorischen Krankenversicherung aufwenden muss. Insbesondere Familien mit Kindern wenden heute bis über 20% des Haushaltseinkommens dafür auf. Der Ständerat behandelt die Vorlage als Erstrat.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Der Ständerat lehnt die Motion ab, die bürgerliche Mehrheit möchte jedoch die Kosten dämpfen und die Prämienzahler so entlasten.</li></ul>



Datum	Nationalrat	Ständerat
14.09.2016	<p><b><a href="#">14.3962</a> (Postulat Müller) Internationale Amtshilfe bei Straftaten gegen Kinder im Internet verbessern.</b> Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht die Situation der internationalen Amtshilfe im Bereich der Internetkriminalität darzulegen. Der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung der Vorlage, der Nationalrat berät die Vorlage als Erstrat.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Der Nationalrat lehnt das Postulat ab, das Geschäft ist somit erledigt.</li></ul> <p><b><a href="#">13.030</a> (Geschäft des Bundesrats): Ausländergesetz. Änderung. Integration.</b> Der Bundesrat schlägt mit der Vorlage Anpassungen vor, die die Arbeitsmarktintegration von erwerbsfähigen Personen aus dem Asylbereich verbessert und behandelt drei parlamentarische Initiativen zu den Themen: Familiennachzug bei Bezug von Ergänzungsleistungen (pa. Iv. 08.428), Handlungsspielraum für die Behörden beim Entzug einer Niederlassungsbewilligung im Fall von Sozialhilfeabhängigkeit (pa. Iv. 08.450) und zur Vereinheitlichung des Familiennachzugs (pa. Iv. 10.485). Aus kinderrechtlicher Sicht interessiert hierbei vor allem der Aspekt des erschwerten Familiennachzugs. Der Ständerat hat der Vorlage 2013 zugestimmt, nach dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative hat das Parlament diese jedoch zur Überarbeitung an den Bundesrat zurückgewiesen. Der Nationalrat befasst sich nun als Erstrat mit der neuen Vorlage.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Der Nationalrat stimmt der Vorlage des Bundesrats zu und verzichtet – anders als die vorberatenden Kommissionen – auf radikale Massnahmen beim Familiennachzug. Dieser bleibt auch künftig für vorläufig aufgenommene Personen nach drei Jahren möglich, sofern jene keine Sozialhilfe oder Ergänzungsleistungen beziehen. Künftig wird nur noch eine Niederlassungsbewilligung (C-Ausweis) erhalten, wer gut integriert ist. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.</li></ul>	



Datum	Nationalrat	Ständerat
15.09.2016	<p><b><u>16.025</u> (Geschäft des Bundesrats): Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2017-2020.</b></p> <p>Für die Umsetzung der verschiedenen Fördermassnahmen in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation beantragt der Bundesrat rund 26 Milliarden Franken für vier Jahre. Gleichzeitig legt er dem Parlament fünf Gesetzesrevisionen und ein neues Gesetz zur Genehmigung vor. Aus Sicht der Kinderrechte relevant sind dabei vor allem die Gesetze über die Berufsbildung, die Finanzierung der Berufs- und Weiterbildung sowie das Bundesgesetz über die Zusammenarbeit des Bundes mit den Kantonen im Bildungsraum Schweiz. Der Nationalrat berät die Differenzen zum Ständerat.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Der Nationalrat stimmt der vom Ständerat beschlossenen Aufstockung der Mittel um insgesamt 395 Millionen CHF zu. Diese sollen insbesondere den Bereichen Berufsbildung, ETH und bei den kantonalen Hoch- und Fachhochschulen zugutekommen.</li></ul>	<p><b><u>08.432</u> (Parlamentarische Initiative Marra): Die Schweiz muss ihre Kinder anerkennen.</b></p> <p>Der Vorstoss will, dass Ausländer der dritten Generation in der Schweiz zukünftig auf Antrag der Eltern oder der betroffenen Personen selbst eingebürgert werden. Der Nationalrat hat sich im letzten Jahr für eine entsprechende Änderung der Bundesverfassung und des Bürgerrechtsgesetzes ausgesprochen. Der Ständerat hat von der Kommission einen neuen Entwurf für die Vorlage gewünscht und dieser im Herbst zugestimmt. Der Ständerat berät bestehende Differenzen zum Nationalrat betreffend die exakte Definition der „dritten Generation“. Der Ständerat möchte den Kreis jener, die dazu zählen, stärker eingrenzen.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Der Ständerat hält weiterhin an seiner Position fest und fordert einen Beweis dafür, dass mindestens ein Grosselternteil des/der einbürgerungswilligen Ausländers/Ausländerin ein Aufenthaltsrecht besass. Weiter uneinig sind sich die Räte darüber, ob während einer Übergangsfrist auch über 26-jährige erleichtert eingebürgert werden sollen. Der Nationalrat wird sich erneut mit der Vorlage befassen.</li></ul> <p><b><u>15.082</u> (Geschäft des Bundesrates): Wiedergutmachung für Verdingkinder und Opfer fürsorgerischer Zwangsmassnahmen (Wiedergutmachungsinitiative). Volksinitiative und indirekter Gegenvorschlag.</b></p> <p>Der Bundesrat legt dem Parlament einen indirekten Gegenvorschlag zur Wiedergutmachungsinitiative (<u>15.082</u>) vor. Der Nationalrat hat diesem bereits zugestimmt, der Ständerat befasst sich in dieser Session zum ersten Mal mit der Vorlage. Im Gegensatz zur Initiative stehen mit dem Gegenvorschlag 300 statt 500 Millionen CHF für die Entschädigung der Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen zur Verfügung.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Auch der Ständerat spricht sich für den Gegenvorschlag aus. Damit stehen für Zahlungen an die anspruchsberechtigten Opfer 300 Millionen CHF zur Verfügung.</li></ul>



Datum	Nationalrat	Ständerat
19.09.2016	<p><b>14.4252 (Motion Trede): Staatssekretariat für Familie.</b> Die Vorlage beauftragt den Bundesrat, ein Staatssekretariat für Familie zu schaffen. Der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung der Vorlage, der Nationalrat berät die Vorlage als Erstrat.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Die Motion ist in dieser Session noch nicht behandelt worden.</li></ul>	-
20.09.2016	<p><b>15.4016 (Motion Gmür): Zeltplätze der Jugendorganisationen. Bessere Rahmenbedingungen.</b> Der Bundesrat wird beauftragt, die rechtlichen Grundlagen zu schaffen, damit Jugendorganisationen ungenutzte Schiess- und Übungsplätze der Armee vereinfacht erwerben können. Der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung der Vorlage, der Nationalrat berät die Vorlage als Erstrat.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Der Nationalrat stimmt der Motion zu, obwohl der Bundesrat darauf hinweist, dass einerseits die meisten Schiess- und Übungsplätze gar nicht im Eigentum der Armee stehen und andererseits die Areale dem bürgerlichen Bodenrecht mit den entsprechenden Beschränkungen unterliegen. Die Motion geht an den Ständerat.</li></ul>	-
22.09.2016	<p><b>14.3955 (Motion Derder): Erhöhung des Abzuges für die Fremdbetreuung von Kindern auf 24000 Franken.</b> Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament Anpassungen des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer vorzulegen, die zu einer Erhöhung des maximalen Abzuges für die Drittbetreuung von Kindern von heute 10'000 Franken auf 24'000 Franken pro Kind führen. Der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung, der Nationalrat berät die Vorlage als Erstrat.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Der Nationalrat lehnt die Motion ab, das Geschäft ist somit erledigt. Bundesrat Maurer kündigte im Rahmen der Beratung jedoch an, dass der Bundesrat die Steuerabzüge für die externe Kinderbetreuung erhöhen wolle, eine entsprechende Vorlage werde bald vom Bundesrat in die Vernehmlassung geschickt.</li></ul>	





Datum	Nationalrat	Ständerat
22.09.2016	<p><b><a href="#">14.3948</a> (Motion Trede): Bundesverwaltung. 20 Prozent Teilzeitstellen für Männer bis 2020.</b> Die Motion beauftragt den Bundesrat, 20 Prozent aller Stellen der Bundesverwaltung bis 2020 in Teilzeitstellen für Männer umzugestalten. Der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung der Motion.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Der Nationalrat lehnt die Motion ab, das Geschäft ist somit erledigt.</li></ul>	
26.09.2016	-	<p><b><a href="#">13.418</a> (Parlamentarische Initiative GLP) und <a href="#">13.419</a> (Parlamentarische Initiative BDP) und <a href="#">13.420</a> (Parlamentarische Initiative Grüne) und <a href="#">13.421</a> (Parlamentarische Initiative SP) und <a href="#">13.422</a> (Parlamentarische Initiative Fiala): Gleichstellung der eingetragenen Partnerschaft und der Ehe im Einbürgerungsverfahren.</b> Die Initiative verlangt, Verfassung und Gesetz so anzupassen, dass die Gleichstellung eingetragener Partnerschaften mit Ehen im Einbürgerungsverfahren sichergestellt wird. Die staatspolitischen Kommissionen beider Räte haben der Initiative Folge gegeben.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Nachdem der Nationalrat dem Kommissionsvorschlag zugestimmt hat, hat der Ständerat nun beschlossen, die Beratung des Geschäfts für mehr als ein Jahr auszusetzen.</li></ul>

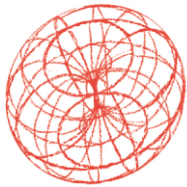




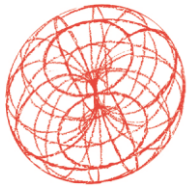
Datum	Nationalrat	Ständerat
27.09.2016	<p><b><u>08.432</u> (Parlamentarische Initiative Marra): Die Schweiz muss ihre Kinder anerkennen.</b></p> <p>Der Vorstoss verfolgt das Ziel, dass die Ausländer der dritten Generation in der Schweiz zukünftig auf Antrag der Eltern oder der betroffenen Personen selbst eingebürgert werden. Der Nationalrat hat sich im letzten Jahr für eine entsprechende Änderung der Bundesverfassung und des Bürgerrechtsgesetzes ausgesprochen. Der Ständerat hat von der Kommission einen neuen Entwurf für die Vorlage gewünscht und dieser im Herbst zugestimmt. Der Nationalrat berät Differenzen zum Ständerat, der den Kreis jener, die zur dritten Generation zählen, stärker eingrenzen als der Nationalrat.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Die Räte haben sich weiter angenähert, offen bleibt weiterhin die Voraussetzungen betreffend der Grosseltern, hier will der Nationalrat an seiner Fassung festhalten (demnach müssten einbürgerungswillige Ausländer nicht nachweisen, sondern lediglich glaubhaft machen, dass mindestens ein Grosselternteil ein Aufenthaltsrecht besass). Für die Übergangslösung schlägt der Nationalrat einen Kompromiss vor: Während fünf Jahren sollen auch über 25-Jährige ein Gesuch zur erleichterten Einbürgerung stellen dürfen, sofern sie das 35. Altersjahr noch nicht überschritten haben.</li></ul>	-



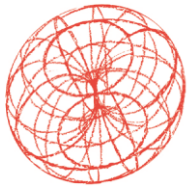
Datum	Nationalrat	Ständerat
28.09.2016	-	<p><b>08.432 (Parlamentarische Initiative Marra): Die Schweiz muss ihre Kinder anerkennen.</b></p> <p>Der Vorstoss verfolgt das Ziel, dass Ausländerinnen und Ausländer der dritten Generation in der Schweiz zukünftig auf Antrag der Eltern oder der betroffenen Personen selbst eingebürgert werden. Der Nationalrat hat sich im letzten Jahr für eine entsprechende Änderung ausgesprochen. Der Ständerat hat einen neuen Entwurf für die Vorlage gewünscht und dieser im Herbst zugestimmt. Der Ständerat berät bestehende Differenzen zum Nationalrat betreffend die exakte Definition der „dritten Generation“. Der Ständerat möchte den Kreis jener, die dazu zählen, stärker eingrenzen.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Die Räte haben sich auf die strengeren Voraussetzungen geeinigt, wonach einbürgerungswillige Ausländer und Ausländerinnen beweisen müssen, dass mindestens ein Grosseelternteil ein Aufenthaltsrecht besass. Die Vorlage ist bereit für die Schlussabstimmung (30.09.2016).</li></ul>
29.09.2016	<p><b>14.3758 (Motion Bulliard-Marbach): Unabhängige Ombudsstelle für die Rechte des Kindes.</b></p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt, eine Ombudsstelle für die Rechte des Kindes zu schaffen. Diese Ombudsstelle soll unabhängig, für Kinder zugänglich und befugt sein, Beschwerden über die Verletzung von Kinderrechten entgegenzunehmen, diese in kindergerechter Art und Weise zu prüfen und wirksam zu verfolgen. Diese unabhängige eidgenössische Stelle soll die Empfehlungen, die der UN-Kinderrechtsausschuss der Schweiz abgegeben hat, umsetzen. Die Ombudsstelle kann gegebenenfalls in eine analoge Stelle für den Schutz der Menschenrechte im Allgemeinen integriert werden. Der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung der Vorlage, der Nationalrat berät die Vorlage als Erstrat.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Die Motionärin zieht die Vorlage zurück, das Geschäft ist somit erledigt.</li></ul>	



Datum	Nationalrat	Ständerat
29.09.2016	<p><b><u>14.3799</u> (Motion Frehner): Vaterschaftstest ohne Einwilligung der Mutter.</b> Mit dieser Vorlage wird der Bundesrat beauftragt, dem Parlament eine Gesetzesänderung zu unterbreiten, welche Vaterschaftstests für Väter auch ohne Einwilligung der Mutter möglich macht. Der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung der Vorlage, der Nationalrat berät die Vorlage als Erstrat.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Der Nationalrat lehnt die Motion ab, das Geschäft ist somit erledigt.</li></ul> <p><b><u>14.3766</u> (Motion Amherd): Förderung des Projekts „Schulen nach Bern“.</b> Der Bundesrat wird beauftragt, das Projekt "Schulen nach Bern" als ausserschulisches und förderungswürdiges Projekt im Sinne von Artikel 10 des Kinder- und Jugendförderungsgesetzes (KJFG) einzustufen und eine finanzielle Unterstützung für die Fortführung des Projektes zu gewähren. Der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung der Vorlage, der Nationalrat berät die Vorlage als Erstrat.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Die Motionärin zieht die Motion zurück, das Geschäft ist somit erledigt.</li></ul> <p><b><u>14.3949</u> (Motion Trede): 50 Millionen Franken für Sprach-austauschprogramme.</b> Der Bundesrat wird beauftragt, 50 Millionen Franken für Austauschprogramme von Schülerinnen und Schülern, Studentinnen und Studenten, Lernenden und Lehrpersonen zwischen den verschiedenen Sprachregionen der Schweiz bereitzustellen. Der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung der Vorlage, der Nationalrat berät die Vorlage als Erstrat.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Der Vorstoss wird zurückgezogen, das Geschäft ist somit erledigt.</li></ul>	<p><b><u>15.085</u> (Geschäft des Bundesrats): Fakultativprotokoll von 2011 zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes. Genehmigung.</b> Der Bundesrat unterbereitet dem Parlament die gesetzliche Vorlage zur Genehmigung des dritten Fakultativprotokolls zur UNO-Kinderrechtskonvention. Dieses sieht v.a. ein Mitteilungsverfahren vor, mit dessen Hilfe Einzelpersonen nach Ausschöpfung des innerstaatlichen Instanzenzuges Verletzungen der UN-Kinderrechtskonvention vor dem UN-Kinderrechtsausschuss geltend machen können. Das Fakultativprotokoll beinhaltet ausserdem ein zwischenstaatliches Mitteilungsverfahren und ein Untersuchungsverfahren. Durch Letzteres kann der UN-Kinderrechtsausschuss Fälle schwerwiegender oder systematischer Verletzungen der UN-KRK oder der Fakultativprotokolle von sich aus zu untersuchen, sofern der betroffene Vertragsstaat dies nicht ausgeschlossen hat. Die Auffassungen des Ausschusses in diesen Verfahren sind rechtlich nicht verbindlich und können durch Empfehlungen zu ihrer Umsetzung ergänzt werden. Der Ständerat behandelt die Vorlage als Erstrat.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Der Ständerat stimmt mit 37 zu einer Stimme und bei zwei Enthaltungen der Vorlage des Bundesrats zu. Das Geschäft ist voraussichtlich in der Wintersession im Nationalrat.</li></ul>



Datum	Nationalrat	Ständerat
29.09.2016	<p><b><u>14.4134</u> (Motion Pezzatti): Fortschritt statt Bürokratie bei den Ausbildungszulagen.</b> Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament die gesetzliche Grundlage für ein Ausbildungsbestätigungsregister zu unterbreiten. Ziele sind, dank elektronischer Datenübermittlung, der Abbau unnötiger und aufwendiger bürokratischer Prozesse und die Missbrauchsbekämpfung. Weiter ist zu prüfen, inwiefern andere Sozialversicherungen, welche Ausbildungsbeiträge finanzieren, auf das Register zurückgreifen können (insbesondere, AHV, zweite Säule, IV und Unfallversicherungen). Der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung der Vorlage, der Nationalrat berät die Vorlage als Erstrat.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Die Motion wird zurückgezogen, das Geschäft ist somit erledigt.</li></ul> <p><b><u>14.4161</u> (Motion Trede): Elternurlaub.</b> Der Bundesrat wird beauftragt, einen Gesetzentwurf für eine Elternzeit von 18 Monaten - wovon mindestens sechs Monate vom Vater bezogen werden sollen - vorzulegen. Der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung der Vorlage, der Nationalrat berät die Vorlage als Erstrat.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Der Nationalrat lehnt die Motion ab, das Geschäft ist somit erledigt.</li></ul> <p><b><u>14.3731</u> (Postulat Munz): Erfolgsquote bei Lehrabschlussprüfungen erhöhen.</b> Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht zu erstellen, der Aufschluss gibt über die Erfolgsquote bei Qualifikationsverfahren nach Beruf und Kanton. Ursachen für tiefe Erfolgsquoten sollen analysiert und Massnahmen zur Verbesserung vorgeschlagen werden. Der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung der Vorlage, der Nationalrat berät die Vorlage als Erstrat.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Der Nationalrat folgt dem Bundesrat und lehnt die Vorlage ab. Der Vorstoss ist somit erledigt.</li></ul>	<p><b><u>15.033</u> (Geschäft des Bundesrats): ZGB: Kinderschutz.</b> Der Ständerat berät erstmals die Vorlage zur Änderungen des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (ZGB; Kinderschutz), welche die Bestimmungen zur Meldepflicht national vereinheitlichen und bei Verdacht auf Gefährdung des Kindeswohls die Meldepflicht auf Fachpersonen, die regelmässig mit Kindern arbeiten, ausweiten will. Der Nationalrat hat die Vorlage bereits beraten und ist nicht auf die Vorlage eingetreten. Kinderschutz Schweiz hat sich dazu in der Vernehmlassung geäußert und sich für eine nationale Vereinheitlichung ausgesprochen (<a href="#">Vernehmlassungsantwort</a>).</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Im Gegensatz zum Nationalrat tritt der Ständerat auf die Vorlage ein. Mit 33 zu 5 Stimmen bei 4 Enthaltungen hat er sich für eine Ausweitung der Meldepflicht ausgesprochen. Das Geschäft geht nun zurück in den Nationalrat, tritt dieser wieder nicht auf die Vorlage ein, ist das Geschäft erledigt.</li></ul>



Datum	Nationalrat	Ständerat
30.09.2016	<p><b><a href="#">08.428</a> (Parlamentarische Initiative Müller): Kein Familiennachzug bei Bezug von Ergänzungsleistungen und <a href="#">10.485</a> (Parlamentarische Initiative Müller): Vereinheitlichung beim Familiennachzug.</b> Die Vorlagen verlangen eine Anpassung des Ausländergesetzes damit der Bezug von Ergänzungsleistungen und von Sozialhilfe für die Beurteilung des Rechts auf Familiennachzug vereinheitlicht wird. Der Nationalrat berät über die Abschreibung dieser Vorlagen.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Der Nationalrat gewährt den Vorstössen eine erneute Fristverlängerung bis zur Herbstsession 2018.</li></ul> <p><b><a href="#">15.2026</a> (Petition Jugendsession 2015): Mindeststandards betreffend die Ausbildung und Betreuung jugendlicher Migrantinnen und Migranten.</b> ➤ Der Nationalrat gibt der Petition keine Folge.</p>	
30.09.2016	<p><b>Schlussabstimmungen:</b> <b><a href="#">15.082</a> (Geschäft des Bundesrates): Wiedergutmachung für Verdingkinder und Opfer fürsorgerischer Zwangsmassnahmen (Wiedergutmachungsinitiative), Volksinitiative und indirekter Gegenvorschlag.</b> Der Bundesrat legt dem Parlament einen indirekten Gegenvorschlag zur Wiedergutmachungsinitiative (<a href="#">15.082</a>) vor. Im Gegensatz zur Initiative stehen mit dem Gegenvorschlag 300 statt 500 Millionen CHF für die Entschädigung der Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen zur Verfügung.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Das Parlament folgt dem Bundesrat, lehnt die Volksinitiative ab und überweist dagegen den bundesrätlichen Gegenvorschlag, der ehemalige Verdingkinder und andere Opfer fürsorgerischer Zwangsmassnahmen zu einem Solidaritätsbeitrag von 20'000 bis 25'000 Franken berechtigt.</li></ul> <p><b><a href="#">08.432</a> (Parlamentarische Initiative Marra): Die Schweiz muss ihre Kinder anerkennen.</b> Der Vorstoss verfolgt das Ziel, dass Ausländerinnen und Ausländer der dritten Generation in der Schweiz zukünftig auf Antrag der Eltern oder der betroffenen Personen selbst eingebürgert werden.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Die Räte überweisen die Vorlage und einigen sich auf die strengeren Voraussetzungen gemäss Ständerat, wonach einbürgerungswillige Ausländer und Ausländerinnen beweisen müssen, dass mindestens ein Grosselternteil ein Aufenthaltsrecht besass.</li></ul>	